

Vortrag an den Ministerrat

Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ am 29. März 2022 in Brüssel

Am **29. März 2022** fand in Brüssel der **Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“** in der **Formation der Gesundheitsminister:innen** statt. Den Vorsitz führte der französische Gesundheitsminister Olivier VÉRAN. Für die Europäische Kommission nahm Stella KYRIAKIDES, Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, teil. An der Tagung teilgenommen haben zudem die Direktorin des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC), Andrea AMMON, und die Exekutivdirektorin der Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA), Emer COOKE. Österreich war an diesem Tag durch mich vertreten.

Nach Annahme der A-Punkte informierte die Europäische Kommission über die **gesundheitliche und humanitäre Lage in der Ukraine** und die von der **Union gesetzten Maßnahmen**, insbesondere den Zugang zu Impfungen gegen Infektionskrankheiten und Initiativen im Bereich der psychischen Gesundheit. Im Anschluss meldeten sich die Minister:innen, anknüpfend an die außerordentliche Ratstagung vom 15. März 2022, zu den gesundheitlichen Auswirkungen des Krieges zu Wort, betonten die Wichtigkeit einer **koordinierten und solidarischen europäischen Reaktion** und **bekräftigten ihre Zusage**, die Ukraine so wie auch jene Mitgliedstaaten zu unterstützen, die bei der medizinischen Versorgung von ukrainischen Vertriebenen besonders im Einsatz sind. Ich erläuterte, dass in Österreich derzeit die psychotherapeutische Unterstützung ausgebaut wird. Vertriebene aus der Ukraine können diese Angebote ebenfalls in Anspruch nehmen.

Die **Aufteilung der ukrainischen Krankenhauspatient:innen** auf die Mitgliedstaaten ist eine der dringlichsten Herausforderungen, welche die Wichtigkeit guter Abstimmung auf europäischer Ebene zeigt. Weiters erwähnte ich, dass in Österreich neben der Sicherstellung des Zugangs zu COVID-19-Impfungen ein besonderes Augenmerk auf den

Schutz vor Masern, Diphtherie-Tetanus-Polio, Tuberkulose, Meningokokken sowie HIV und Hepatitis C gelegt wird.

Zentraler Tagesordnungspunkt des Rates war eine Orientierungsaussprache zum **Thema „COVID-19: Die künftigen Herausforderungen der Strategie der EU für Solidarität bei Impfstoffen“**. Zwei Jahre nach Beginn der Pandemie und ein Jahr nach Beginn der Impfkampagnen in der EU diskutierten die Mitgliedstaaten über die Aktualisierung der Strategie für die Beschaffung und Weitergabe von Impfstoffen, um den neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Impfung zu begegnen. Der Vorsitzende berichtete in diesem Zusammenhang, dass das Angebot an Impfstoffen in der EU derzeit größer als der Bedarf sei. Die Weitergabe von Impfstoffen an bedürftige Länder sei auch künftig ein wichtiger Aspekt der EU-Impfstrategie, deren Umsetzung müsse sich jedoch im Interesse der Effizienz weiterentwickeln. Viele Delegationen betonten, dass vor allem im Hinblick auf die mögliche Ausweitung des Zugangs zu einer 4. Impfdosis beziehungsweise einer zweiten Auffrischungsimpfung so rasch wie möglich eine gemeinsame Impfstrategie festgelegt werden müsse. Ich bekräftigte in meiner Wortmeldung, dass sich Österreich für eine stärkere gemeinsame europäische Impfstoffstrategie ausspricht. Weiters wies ich darauf hin, dass eine starke gemeinsame Verhandlungsposition unerlässlich ist, um flexiblere Liefermodalitäten und optimale haftungsrechtliche Bedingungen bei den Herstellern zu erreichen. Ausdrücklich unterstützt habe ich den Vorschlag, Verträge mit Impfstoffherstellern weiterzuentwickeln, damit es den Mitgliedstaaten ermöglicht wird, dynamisch nach Bedarf und auch kurzfristig Impfstofflieferungen abzurufen.

Unter dem Tagesordnungspunkt **Sonstiges** informierte der Vorsitzende zudem über den jüngst angenommenen **Beschluss des Rates**, mit welchem die Europäische Kommission in Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit der Union fallen, zur Aufnahme von Verhandlungen über einen internationalen **Vertrag über Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion** sowie von Verhandlungen über ergänzende Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) ermächtigt wird. Darüber hinaus erteilte der Vorsitzende Auskunft über den aktuellen Verhandlungsstand der **Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren** (SCBTH-VO) sowie über die unter **französischer Ratspräsidentschaft stattgefundenen Ministerkonferenzen**.

Beim **Mittagessen** fand ein **informeller Austausch** über die **europäische Reaktion auf seltene Krankheiten** im Kontext der Schaffung einer Europäischen Gesundheitsunion statt.

Am Rande der Tagung konnte ich mehrere **bilaterale Treffen** wahrnehmen, unter anderem mit EU Kommissarin Stella KYRIAKIDES, sowie meinen Amtskollegen Minister Karl LAUTERBACH (DE), Ernst KUIPERS (NL), Frank VANDENBROUCKE (BE) und Vlastimil VÁLEK (CZ).

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

3. Mai 2022

Johannes Rauch
Bundesminister